Am Hardenbergufer in Kupferdreh am Baldeneysee wird es mitunter eng, ein Radfahrverbot forderte die CDU daher im Vorjahr. SAG

Alternativen zum Radverbot gesucht

Ein Arbeitskreis hat sich zur Situation am Baldeneysee beraten und stellt die Ergebnisse vor

Dominika Sagan

Kupferdreh. Ein Radfahrverbot auf einem Teilstück des Ruhrtalradweges: Das forderten Christdemokraten im Vorjahr und lösten damit eine heftige Diskussion aus. Immerhin ist der Abschnitt am Baldeneysee nahe der ehemaligen Eisenbahnbrücke Teil der Hauptverkehrsroute im Radwegenetz. Gleichzeitig treffen hier Radfahrer, Spaziergänger, Inlinefahrer, Familien mit Kindern und Hundehalter aufeinander – nicht immer kollisionsfrei. Nun hat ein Arbeitskreis beraten und stellt die Ergebnisse vor.

Im Gespräch war etwa eine optische Trennung für Rad- und Fußweg, die jedoch abgelehnt wurde. Frühere Erfahrungen hätten gezeigt, dass sich mit einer weißen Linie am Hardenbergufer die Unfallgefahr eher verschärft habe. Weiterhin gab es die Idee, den Anleger der Weißen Flotte zu verlegen, um so die Ansammlung von Wartenden zu vermeiden.

Verlegung des Anlegers nur in Abstimmung mit Ruhrverband

Dagegen argumentierte Flotten-Chef Boris Orlowski: Kein Fahrgast würde von einem Problembereich sprechen, Beschwerden lägen nicht vor. Ein neuer Standort müsste zudem mit dem Ruhrverband als Eigentümer abgestimmt, eine möglicherweise unzureichende Wassertiefe bedacht werden. Auf der einen Seite (Seebogen) hätten zudem die Anwohner bereits Einschränkungen etwa durch Dampfloks der Hespertalbahn, in anderer Richtung (Heisinger Aue) wiederum befände sich das Naturschutzgebiet, reagierte er auf die Idee zur Verlegung.

Als im November des Vorjahres die Forderung nach dem Verbot laut wurde, ließen Reaktionen nicht lange auf sich warten. Absurd, kommentierte etwa der Vorsitzende des ADFC, Mirko Sehnke, zu dem angedachten Verbot auf dem Abschnitt. Auch Radfahrer reagierten („die haben doch den Schuss nicht gehört“, „geht es nach gefährlichen Stellen, müsste man die halbe Stadt sperren“, „Rücksicht statt Verbote“), und die Polizei gab an, den letzten Unfall in dem diskutierten Bereich 2021 aufgenommen zu haben.

Nun wird nicht jede Kollision angezeigt, nicht jeder heftige Streit wird zum Fall für die Polizei: So stimmten viele immerhin überein, dass es den Trubel, dichtes Gedränge, Radrennfahrer mit hohem Tempo und dadurch auch gefährliche Situationen durchaus gebe, vor allem im Sommer und besonders an den Wochenenden.

Links der Eisenbahner Sportverein und Nikos Biergarten, rechts der Baldeneysee und der Anleger der Weißen Flotte: In der Mitte verläuft der Weg, den sich viele Nutzer teilen. DIRK A. FRIEDRICH / FFS

Vorgeschlagenes Radfahrverbot

Immerhin befinden sich rund um die 900 Meter Baldeneyseeufer, auf denen Radfahrer nach der Idee der CDU absteigen sollten, gleich mehrere Lokale, der Anleger der Weißen Flotte, ein Kanuverein, der Weg zur Hespertalbahn und eine Sporteinrichtung des Turnvereins Kupferdreh (TVK) sowie der beliebte Treffpunkt Nikos Biergarten. Daher sei seinerzeit auch der Spielplatz in dem Bereich eingezäunt worden, da es ständig zu Beinahe-Unfällen gekommen sei, daran erinnerte Klaus Bongartz, Vorsitzender des Eisenbahner Sportvereins (ESV).

Die Situation am Hardenbergufer unterhalb der Hespertalbahn und des ESV beschäftigt Ortspolitiker daher schon lange, zuletzt eben auch Mitglieder des interfraktionellen Arbeitskreises (IFAK) zum Thema Rad- und Fußgängerverkehre am Hardenbergufer/Eisenbahnbrücke/Deilbach bis Prinz-Friedrich-Platz. So sei bereits darüber diskutiert worden, ob der Radweg vor Nikos Biergarten optisch verengt werden könnte, oder ob eine Einengung verhindert werden müsse, „um den Fahrfluss der Fahrenden nicht zu gefährden“. Eine Diskussion, die der Betreiber Nikos Kyriaopoulos schon im Vorjahr nicht recht hat nachvollziehen können. Nun betonte er erneut, mit den Fahrradständern vor seinen Tischen und Stühlen ohnehin bereits erreicht zu haben, dass das Tempo gedrosselt würde. Er wiederholte zudem, dass er noch nie einen Unfall vor seinem Kiosk beobachtet habe. Und diesen betreibt er seit immerhin fast 30 Jahren. Gleichwohl hätten E-Bikes die Situation durchaus verschärft.

Nun sollen die aufgestellten, mobilen Fahrradständer noch „legalisiert“ werden. Die Verkehrsbehörde habe Kontakt zum Kiosk-Betreiber aufgenommen, der nun einen entsprechenden Antrag stellen müsse. Dann könnte auch eine Sondernutzung genehmigt werden. Die Idee, Tempo-Barrieren am Hardenbergufer zu installieren, wurde zugleich verworfen, da diese auch ein Hindernis für Rettungswagen und Fußgänger bedeuten würden. Statt optischer Barrieren regte Meier etwa Piktogramme an.

Verkehrszählung auf dem Abschnitt in Kupferdreh angeregt

Schilder, die den Bereich auf etwa 300 Metern als verkehrsberuhigte Zone ausweisen, brachte wiederum Wolfgang Packmohr (Fuß e.V.) an. In diesem Abschnitt sollte auf die gleichen Rechte für Radfahrer und Fußgänger hingewiesen werden. Zudem könnten Beamte der Polizei-Fahrradstaffel, die er seinerzeit als Polizeidirektor eingerichtet habe, häufiger am Hardenbergufer kontrollieren. Dazu müsste möglicherweise der Polizeipräsident zunächst darum gebeten werden, die bisherige Staffel für Essen und Mülheim (sechs Personen) aufzustocken.

Sinnvoll sei möglicherweise auch eine Verkehrszählung (Ulrich Pabst, Grüne). Die Daten über die unterschiedlichen Nutzer der Strecke könnten dabei helfen, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen. Zu berücksichtigen gelte bei diesen vor allem auch, dass der Ruhrtalradweg ein touristisches Highlight der Region und ein Wirtschaftsfaktor sei. Würde der Radverkehr hier behindert, könnten sich schlechtere Bewertungen auf das Image der Region auswirken, fürchtet etwa Christian Wagener, Fahrradbeauftragter der Stadt.

Was nun auch auf dem Abschnitt des Radweges passiert oder geändert wird, entschieden wird das an anderer Stelle. Denn die Zuständigkeit bei all den Anliegen rund um das Radverkehrshauptroutennetz liege bei den Zuständigen des Ausschusses für Verkehr und Mobilität, darauf wies Bezirksbürgermeister Wilhelm Kohlmann hin. Dieser erhält auch das Protokoll des IFAK. Die Verwaltung soll beauftragt werden, ein Verkehrskonzept am Hardenbergufer zu entwickeln. Es gilt also weiterhin nach Lösungen zu suchen, um künftig Konflikte zu vermeiden.